

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(21. Ausschuß)**

**zum Antrag der Abgeordneten Dr. Laufs, Schmidbauer, Fellner, Dr. Göhner, Lenzer, Gerstein, Dr. Blens, Bauer, Carstensen (Nordstrand), Dörflinger, Eylmann, Dr. Friedrich, Harries, Herkenrath, Kalb, Dr. Lippold (Offenbach), Lummer, Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. Neuling, Regenspurger, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schmitz (Baesweiler), Schulhoff, Schwarz, Seesing, Zierer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Baum, Frau Dr. Segall, Wolfgramm (Göttingen), Bredehorn, Eimer (Fürth), Grünbeck, Dr. Hirsch und der Fraktion der FDP**  
— Drucksache 11/533 —

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“**

**zum Antrag der Abgeordneten Dr. Knabe, Wetzel und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
— Drucksache 11/787 —

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Langfristiger Klimaschutz“**

### **A. Problem**

Mit beiden Anträgen wird die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ bzw. „Langfristiger Klimaschutz“ verlangt, die sich aus neun Mitgliedern des Deutschen Bundestages und neun Sachverständigen zusammensetzen soll. Beide Anträge sind in ihrer Grundtendenz im wesentlichen deckungsgleich, wobei der Antrag der Fraktion DIE GRÜ-

NEN neben der Errichtung einer Enquete-Kommission verlangt, umgehend mit der Beratung von Maßnahmen gegen die vom Menschen verursachten Veränderungen in der Erdatmosphäre zu beginnen.

**B. Lösung**

Auf der Grundlage der beiden Anträge wird eine Enquete-Kommission eingesetzt, die den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Auftrag erhält.

**C. Alternativen**

keine

**D. Kosten**

wurden nicht erörtert.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur parlamentarischen Diskussion möglicher Vorsorgemaßnahmen gegen die vom Menschen verursachten Veränderungen in der Erdatmosphäre und deren Auswirkungen auf Weltklima und Umwelt wird eine Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.

### I.

Die Kommission hat die Aufgabe, eine Bestandsaufnahme über die globalen Veränderungen der Erdatmosphäre vorzunehmen und den Stand der Ursachen- und Wirkungsforschung festzustellen sowie mögliche nationale und internationale Vorsorge- und Gegenmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vorzuschlagen.

Insbesondere hat sie zu untersuchen

- Umfang und Ursachen des beobachteten und befürchteten Abbaus des Ozons in der Stratosphäre,
- Ausmaß und Ursachen möglicher globaler Temperaturveränderungen der Erdatmosphäre,
- Auswirkungen
  - des Ozonabbaus und des sog. Treibhauseffekts,
  - der Schadstoffemissionen, wie z. B. halogenierte Kohlenwasserstoffe, Distickstoffoxid, Methan und andere,
  - Trübung der Erdatmosphäre und Auswirkungen auf das Klima durch Feinstäube,
  - der Abholzung von Regenwäldern und der Übernutzung der Vegetation in Trockengebieten auf atmosphärische Vorgänge,
  - der Kohlendioxid-Anreicherung der Erdatmosphäre,
  - der zunehmenden Meeresverschmutzung auf den CO<sub>2</sub>-Kreislauf,
- mögliche Vorsorgemaßnahmen, insbesondere zur Vorsorge gegen zu befürchtende Schäden, z. B. durch
  - weitere Luftreinhaltemaßnahmen zur Entlastung der Erdatmosphäre, insbesondere das Verbot von halogenierten Treibgasen und die Reduzierung von freigesetzten Treibstoff- und Lösungsmitteldämpfen,
  - Energieeinsparung und Änderung der Ressourcenverwendung, insbesondere Nutzung regenerativer Energiequellen,
  - Förderung weiterer F+E-Vorhaben,
  - Entwicklungshilfeprojekte, insbesondere Aufforstungsprojekte und Maßnahmen zum Schutz tropischer Regenwälder,
  - internationale Zusammenarbeit und Entwicklung neuer völkerrechtlicher Instrumentarien.

### II.

Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen sowie aus neun Sachverständigen zusammen.

Einen ersten Zwischenbericht legt die Kommission 1988 vor mit Empfehlungen für vordringliche und bereits überschaubare Bereiche. Hierbei ist auch der Substitution von FCKW und konkreten Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Bonn, den 15. Oktober 1987

**Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

<b>Dr. Göhner</b>	<b>Schmidbauer</b>	<b>Schäfer (Offenburg)</b>	<b>Dr. Knabe</b>
Vorsitzender	Berichterstatler		

## Bericht der Abgeordneten Schmidbauer, Schäfer (Offenburg) und Dr. Knabe

### I.

Beide Anträge sind in der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. September 1987 an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, an den Ausschuß für Verkehr, an den Ausschuß für Forschung und Technologie und an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen worden. Sie wurden gemeinsam mit den Sachanträgen der Fraktion der SPD „Schutz der Ozonschicht und Verbot des Einsatzes von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW)“ — Drucksache 11/678 — und der Fraktion DIE GRÜNEN „Klimaschutzprogramm: Sofortmaßnahmen gegen den Abbau der Ozonschicht und die Auswirkungen des Treibhauseffekts“ — Drucksache 11/788 — beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1987 mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen empfohlen, den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ — Drucksache 11/533 — anzunehmen. Gleichzeitig wurde mit großer Mehrheit bei zwei Enthaltungen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Langfristiger Klimaschutz“ — Drucksache 11/787 — abzulehnen.

Der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1987 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen. Er hat ferner mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Einsetzungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN abzulehnen.

Der Verkehrsausschuß hat auf eine Stellungnahme zu den Einsetzungsanträgen verzichtet, weil verkehrspolitische Aspekte nicht unmittelbar berührt werden.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat am 7. Oktober 1987 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ — Drucksache 11/533 — empfohlen, die sich auch mit der weiteren Förderung der Klimaforschung befassen sollte.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1987 einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission empfohlen, die sich allen in den beiden Einsetzungsanträgen aufgeführten Themen widmen soll.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die beiden Einsetzungsanträge am 7. Oktober 1987 wegen des Sachzusammenhangs in Verbindung mit den oben erwähnten Sachanträgen anberaten. Die Berichterstatter wurden gebeten, einen gemeinsamen Entschließungsantrag auszuarbeiten. Auf der Grundlage eines derartigen Kompromißvorschlages hat der Ausschuß sodann am 14. Oktober 1987 der obigen Beschlußempfehlung einvernehmlich zugestimmt. Sie beruht auf dem Entwurf der Koalitionsfraktionen (Drucksache 11/533), ergänzt diese aber um einige spezielle Themen, die sich teilweise bereits aus der Begründung dieses Antrages ergaben, teilweise aber auch auf Vorschlag der Berichterstatter der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN hinzugefügt worden sind. Außerdem wurde der für 1988 erbetene erste Zwischenbericht um Empfehlungen für vordringliche und bereits überschaubare Bereiche konkretisiert. Dabei wurden beispielhaft die besonders wichtigen Themen Substitution von FCKW und konkrete Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung genannt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt dem Deutschen Bundestag einstimmig, den Antrag Drucksache 11/533 in der Fassung der Beschlußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 15. Oktober 1987

Schmidbauer

Schäfer (Offenburg)

Dr. Knabe

Berichterstatter





